

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zahlung im Voraus für Ost- u. Westpreußen 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Spedition für Ostpreußen 8.50 M. für Ostpreußen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M., postfrei. Delikatessenauslieferung per Bahn für Deutschland und Österreich 20.00 M.
Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verlagsleiter: Kurt Roden 833-36 und 9748.

Die achtspaltige Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 1.- M., einschließlich Druck- und Anzeigenlohn. Kleinanzeigen: Das festgesetzte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Druck- und Anzeigenlohn. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 2.50 M. netto pro Zeile. Streifenanzeigen in Wortanzeigen: das festgesetzte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M.
Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19
Verlagsleiter: Kurt Roden 833-36, Buchhandlung Zenitum 2645
„Freiheit“-Verlagsdruckerei Zenitum 2030.

# Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Der Schrei nach dem Militarismus.

### Der bolschewistische Popanz.

Die reaktionäre Presse setzt ihren Feldzug gegen die von der Entente beschlossene Heeresverminderung auf 100 000 Mann fort. Sie vermag außer dem Bolschewisten-schrei kein Argument vorzubringen. Es ist nichts als die schlotternde Angst, den über alles geliebten preussischen Militarismus, den Stütze und die stärkste Stütze der Reaktion, zu verlieren. Und darin haben die deutschen Reaktionen eine feine Bitterung. Ist der Militarismus zertrümmert, wird die Entwaffnung mit aller Energie durchgeführt, dann sind die stärksten Soffnungen der Reaktion zu schanden geworden. Daß diese Maßnahme durch auferstehende Mächte vollzogen werden, ist zwar peinlich, ändert aber nichts an ihrer überaus günstigen Wirkung auf die innere- und außenpolitische Lage Deutschlands.

Wie sehr das Bestreben, den Militarismus zu erhalten, nur von der Absicht diktiert ist, die revolutionäre Arbeiterkraft im Lande niederzuhalten, geht aus einem Artikel der „Täglichen Rundschau“ hervor. Hier wird die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der 200 000 Mann starken Heeresmacht mit außenpolitischen Motiven überhaupt nicht mehr zu begründen versucht. Das Vordringen eines solchen Begriffs haben inzwischen auch die Reaktionen eingesehen. Desto intensiver malen sie die bolschewistische Gefahr an die Wand. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt, indem sie voransieht, daß eine Vermehrung der Polizeitruppen keinen genügenden Verlaß bilde, da die trübe Polizei Beamtencharakter trage:

Wir brauchen eine genügend starke Heeresgruppe, die sich als Wehrmacht fühlt und wo jeder einzelne nichts anderes als Soldat ist. Wenn die bolschewistische Agitation sich einmal soweit ausgewirkt haben wird, daß ein allgemeiner Aufstand, und nicht mehr wie bisher, Teilaufstände vor sich gehen können, wäre das deutsche Heer nach der Verminderung außerstande, Deutschland vor dem Bolschewismus zu retten. Schon bei den bisherigen Teilaufständen war es trotz der 200 000-Mann-Stärke schwierig, zu gleicher Zeit an verschiedenen Stellen durchzugreifen. — Für die Zukunft wäre das bei einem 100 000-Mann-Heer völlig unmöglich.

Also hier wird nichts anderes gefordert als die Beibehaltung des verhassten Systems, das den einzelnen Soldaten zur willen- und losenlosen Kreatur in der Hand machtvollkommener Offiziere herabwürdigt. Die Leute von der „Täglichen Rundschau“ und ihre Gesinnungsfreunde von noch weiter rechts wünschen nichts sehnlicher, als daß sie unter den Fittichen einer Militärdiktatur ihre alte Machtstellung wieder erlangen können. Die Entente spielt ihnen mit ihrer Gattinlichkeit in der Frage der Entwaffnung und der Heeresverminderung einen bösen Streich. Aber der stärkste Wille gegen das Wiederaufleben des Militarismus und der Reaktion ist das deutsche Proletariat. Es wird niemals dulden, daß jene alten Gewalten sich wieder aufrichten, selbst um den Preis schwerster Kämpfe.

### Die Studenten rüsten zum Umsturz.

In Göttingen ist es gelungen, einer geheimen studentischen Militärorganisation auf die Spur zu kommen. Es ist ein Detachement gebildet worden, das drei kriegsharte Kompagnien umfasst und einen Major unterstellt ist. Die Bewaffnung mit Gewehren, Handgranaten, Brandstiftungsgegenständen ist bereits hergestellt. Das Studentenkorps hat die Aufgabe, bei dem kommenden Aufstand, der von den Rechtsparteien vorbereitet wird, die Arbeiterklasse in Schach zu halten, damit sich die Militärdiktatur möglichst ungehindert etablieren kann. Die militärische Organisation der Studenten besteht nicht nur in Göttingen, sondern sie wird in allen Hochschulkollegen gebildet, und zwar auf Grund einer Anweisung, die von der Wehrmorgansoll der Reichsregierung, in der an führender Stelle Oberst Bauer, Kapitän Erdhardt, Major Wilschell arbeiten, ergangen ist. Waffen und Munition stehen in jeder gewünschten Menge zur Verfügung. Sie werden in erster Linie den Depots der Einwohnerwehren entnommen und unter falscher Deklaration an die Stützpunkte der Gegenrevolution verschoben. Die Verhinderung geschieht mit Rücksicht auf die Subvention der Regierung, die noch außen hin der Welt vortreibt, in Deutschland seien alle

Waffenbestände vernichtet, es gäbe keine Geheimlager mehr und der Friedensvertrag sei in diesem Punkte also restlos durchgeführt.

### Horthy bittet um Gnade.

Osag, 23. Juni.

Die ungarische Regierung richtete an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam ein Telegramm, in dem gesagt wird, daß sämtliche Erklärungen, auf die der Vorkriegsbeschluss begründet ist, auf Fälschungen und Unkenntnis der Tatsachen beruhen. Die ungarische Regierung habe sämtliche Maßnahmen getroffen, um die Ordnung wieder herzustellen. Das Telegramm schließt mit der Erklärung, daß, wenn es der Regierung nicht gelingen sollte, ihre Aufgabe mit gutem Erfolge zu Ende zu führen, sie verpflichtet sein würde, ihre Verantwortlichkeit auf diejenigen zu schieben, die die Ursache der neuen nationalen Verzweiflung des so schwer geprüften Ungarns seien.

Aus dieser Erklärung spricht eine bodenlose Heuchelei. Der weiße Terror ist in Ungarn nicht abgeschafft, sondern er tobt weiter. Noch täglich werden Leichen ermordeter Personen gefunden. Und Horthy billigt diese Morde, er möchte sich aber durch einen lächerlichen Schwindel von der Verantwortung drücken, weil der Kapitän Ungarn so empfindlich trifft, daß es der Gnade der sozialistischen Arbeiterkraft bedarf.

### Anschluß der österreichischen Bankbeamten.

Wien, 23. Juni. (Korr. Bureau.)

Im Zusammenhang mit dem Boykott gegen Ungarn wurde auch der Personalverkehr nach Ungarn auf der Südbahnstrecke mit dem gestrigen Tage eingestellt. Der Güterverkehr der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft nicht seit zwei Tagen völlig. Die „Arbeiterzeitung“ und die „Volkszeitung“ melden den Anschluß des Reichsverbandes der Bankbeamten an die Boykottbewegung.

### Die österreichische Regierungskrise.

T. U. Wien, 23. Juni.

Gestern nahmen die Verhandlungen beim Präsidenten Sech wegen der inneren Krise ihren Fortgang. Es fand der Vorschlag des Abg. Dr. Adler, der die Wahl eines Ubergangskabinetts nach dem Proporzsystem vorschlägt, zur Diskussion. Nach Ansicht der Sozialdemokraten kommt als Leiter der Staatskanzlei an Stelle Dr. Renner's, der sich auf das Staatsamt des Neuherrn zurückzieht, Staatssekretär Eibersich oder Staatssekretär Hausch in Betracht und als Vizekanzler Dr. Wahr.

Die Christlich-Sozialen wünschen für die Besetzung der Staatskanzlei sowie der Ressorts des Innern und des Heereswesens neutrale Beamte. Die Großdeutschen wollen ihre Teilnahme an der Kabinettsbildung von der Erfüllung der Forderungen nach Verlängerung der Staatssekretariatsstellen und Entpolitisierung der Wehrmacht abhängig machen. Welche bürgerlichen Parteien sich gegen den Wiedereintritt des Staatssekretärs Dr. Deutsch, der sich durch den Soldatentoterlah mühevoll gemacht hat, trotz der Differenzen hofft man, heute oder morgen zur vollständigen Entwirrung der Krise zu gelangen.

### Bevorstehender Abbruch der Verhandlungen mit Krassin.

T. U. London, 23. Juni.

Nach dem „Daily Herald“ steht ein Abbruch der Verhandlungen zwischen Lloyd George und Krassin bevor. Lloyd George verlangt volle Entschädigung der Verluste Englands in Rußland und lehnt den Vorschlag Krassin, diese Frage auf einer Friedenskonferenz zu erörtern, ab.

### Die polnische Kabinettskrise.

Warschau, 23. Juni.

Nach zweitägigen Beratungen mit dem Zentrum und den Linksparteien, die das neue Kabinett bilden sollten, hat Abg. Witos gestern abend die Unmöglichkeit festgestellt, ein positives Ergebnis zu erzielen und seinen Auftrag in die Hände des Staatschefs zurückgelegt.

## Die Regierungskrise.

Den unmittelbaren Anlaß des Scheiterns der Regierungsbildung gab der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, über den der „Botschafter“ folgendes berichtet:

Nach mehrtägiger Debatte, an der sich etwa 30 Redner beteiligten, wurde gegen 6 Stimmen beschlossen, die Vertrauensabstimmung, die der Abgabe der Regierungserklärung folgen wird, Stimmenthaltung zu üben.

Die Fraktion glaube nach Erwägung aller Gegenstände nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, der Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihren Auffassungen nicht vereinbart.

Die Fraktion ersucht die Stimmenthaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Syon keine Schwierigkeiten erwachsen.

Daraus machten die Demokraten den Kriegsfall und erklärten nun ihrerseits, sich an der Regierung nicht beteiligen zu wollen.

Es scheint, daß die bürgerlichen Parteien bisher vom ganzen parlamentarischen System nur den parlamentarischen Kretinismus begriffen haben, sonst wäre dieses ganze Getue nicht recht zu verstehen. In Frankreich wie in Italien werden Ministerien gebildet, indem der signierte Ministerpräsident sich seine Mitarbeiter so zusammensetzt, daß er auf eine Majorität im Parlament rechnen kann. Hier zu Lande entscheiden die Zusammenkünfte der Regierung die verschiedenen Fraktionen in ihrer Gesamtheit und eine jede scheint der Meinung zu sein, daß sie nicht nur ihre eigene Politik zu bestimmen hat, sondern auch anderen Parteien ihre Bedingungen auferlegen kann, wenn anders sie noch mißbilligen soll.

Dieses Gebahren ist gräßlich kindisch. Weder im französischen noch im italienischen Parlament verfügen heute die Regierungen über festgeschlossene Majoritäten. Sie müssen eben so regieren, daß diejenigen, die sie stützen wollen, aus welchen Gründen immer, in der Minorität bleiben. Und dort ist immerhin das Regieren etwas leichter als gegenwärtig in Deutschland. Das hindert aber die braven Demokraten nicht, zu verlangen, daß eine an der Regierung nicht beteiligte Partei dieser noch unbesonnenen Regierung feierlichst ein Vertrauensvotum ausstelle. Ihnen genügt nicht, daß die Regierung parlamentarisch möglich sei, weil eben keine Mehrheit vorhanden ist, die sie von vornherein stützen will. Dabei ist das ganze Verlangen um so kindischer, da schließlich keine Partei sich auf irgendeine Dauer das Recht nehmen lassen kann, gegen eine Regierung zu stimmen und, wenn sie Montag das Vertrauen hat, Dienstag ihr ein Mißtrauensvotum zu geben. Die ganze Geschichte ist nicht ernst zu nehmen, als es der Streit um die Formel war, mit welchen Worten die Deutsche Volkspartei ein Livrenbekenntnis zur Republik ablegen soll. Jedermann weiß, daß in Deutschland der Bestand der Republik nicht von den Erklärungen der deutschen nationalen Parteien abhängt, sondern von der Kraft und Entschlossenheit der gesamten Arbeiterklasse, die Wiederherstellung der Monarchie unter keiner Bedingungen zu bilden.

Das ganze Gebahren wäre nichts als unnütze Zeitvertrödelung, wenn nicht dahinter die Angst vor der Verantwortung stünde. Die bürgerlichen Parteien haben nicht nur jede rein sozialistische Regierung für unmöglich erklärt, sondern auch alle einzelnen sozialistischen Maßnahmen verhindert. Unter diesen Umständen müssen sie schon zeigen, wie sie Deutschland ohne sozialistische Methoden auf bürgerliche Weise regieren wollen. Aber siehe da, die Herrschenden, die nicht genug ihre arge, sadistische und politische Ueberlegenheit über den Sozialismus betonen konnten, demonstrieren nur das eine deutlich, daß sie jeden Tag nach neuen Ausflüchten suchen, um nur den Beweis ihrer Fähigkeiten nicht erörtern zu müssen.

Ernstler als das demokratische ist das Vorgehen der Deutschen Volkspartei zu beurteilen. Ihr Verlangen, alle wirtschaftlichen Ministerien mit Fachmännern, d. h. in Pragis mit kapitalistischen Vertretern, die ihrer politischen Nähe, zu besetzen, richtet sich sehr deutlich gegen den linken Flügel des Zentrums, insbesondere gegen die Vertreter der christlichen Gewerkschaft. Die Partei, die theoretisch erklärt, daß sie nicht ohne die Arbeiter, sondern gegen die Arbeiter regieren wolle, läßt sich in der Praxis sogar so gemäßigten, in bürgerlichen Ausdrücken noch so stark belangene Arbeiter wie die christlichen Gewerkschaftler aus. Unter dem Vorwand der Entpolitisierung verfahren sie eine rein kapitalistische Politik, die Politik des Herrn Stinnes.

Was nun werden soll, steht dahin. Schließlich werden sich die bürgerlichen Parteien doch noch entschließen müssen, irgendeine Regierung zustande zu bringen. Vom sozialistischen Standpunkt aus ist das einzig wichtige, daß nicht

Kette der Arbeiterbewegung nach dazu hergeben, wieder einer bürgerlichen Politik die Mauer zu machen und den Sozialismus zu diskreditieren.

### Demonstrationen gegen den Wucher.

#### Lebensmittelkrawalle in Westdeutschland.

In den letzten Tagen ist es in verschiedenen Orten Westdeutschlands zu Lebensmittelkrawallen gekommen. Die Bewegung der Bevölkerung ist begeistert, denn die Preise für Obst, Frühgemüse und andere Marktartikel haben eine nie dagewesene Höhe erreicht. Schuld an den Wucherpreisen trägt die freie Wirtschaft, die die von den Medizern aufgeschobenen Krawalle dazu benützt, der schuldigen Bevölkerung das Heil über die Ohren zu gießen und die Preise immer mehr in die Höhe zu treiben.

Da die Bevölkerung der agrarischen Hauptpolitik schuldlos preisgegeben ist, hat sie in einigen westlichen Städten zur Selbsthilfe gegriffen. In Osnabrück wurden die Gemüseläden gestürmt und große Verwüstungen angerichtet. Die Waren wurden getreten, teilweise geraubt oder zu einem billigen Preis abgesetzt. Die Menge stürmte dann auch verschiedene Schuhwarengeschäfte und schlug es durch, daß das Paar Stiefel zum Einzelpreis von 50 Mark verkauft wurde. Auch die Schuhwerkstätten und Gabeln wurden nach Lebensmittel durchsucht und die Vorräte vertriebt.

In Krefeld stürmte die Menge das Warenhaus Tietz, warf die Waren auf die Straße und verschleppte sie. Auch andere Geschäfte, vor allem Schuhwarenlager wurden geräumt. Die deutsche Polizei wurde der außerordentlichen Menge nicht Herr, so daß belgisches Militär eingreifen mußte. Bei den Zusammenstößen gab es mehrere Verletzte. Die Lebensmittelkommission der Stadt Krefeld hat daraufhin beschlossene, Obst, Gemüse und andere Lebensmittel in großen Mengen aufzukaufen und sie zum Selbstkostenpreis an die Bevölkerung abzugeben.

Welche Krawalle haben sich in Frankfurt a. M. ereignet. Dort wurden die Obststände gestürmt, die Äpfel umgeworfen, Obst, Kürbisse und Erdbeeren zertrümmert. In Stuttgart hat eine große Demonstration der Arbeiter vor dem Marktplatz gegen den Wucher der Landwirte protestiert.

Die Besse der Rechtsparteien machte den Krawallen allzu gern einen politischen Charakter unterzulegen. Sie verfolgt damit den Zweck, der Entente einzureden, daß die Gefahr innerer Unruhen noch nicht behoben ist, und daß Deutschland daher ein starkes Heer brauche. Die Absicht der Rechtsparteien, aus den Lebensmittelunruhen politischen Nutzen zu ziehen, muß daher von der organisierten Arbeiterschaft durchkreuzt werden. Es ist erwiesen, daß immer dann, wenn die Arbeiterklasse herangezogen werden soll, von den Spiegeln der Rechtsparteien Unruhen provoziert werden. Solche, von den Rechtsparteien begünstigten Subjekte, hatten auch bei den Krawallen in Osnabrück ihre Hände im Spiel. Dort wurde im Anschluß an die Vorgänge auf dem Wochenmarkt das Gefängnis zu stürmen versucht. Diese Handlung hat mit der Erregung über den Wucher der Landwirte nicht das mindeste zu tun. Unsere dortige Parteileitung hat deshalb sofort ein Flugblatt herausgegeben, in dem es heißt:

„Laßt Euch von den Ochsen nicht zu Gewalttätigkeiten antreiben, denn diese Schurken versuchen hier wie schon in vielen anderen Städten ein Blutbad unter dem Vorwand anzurichten. Wir fordern Euch auf, die Straße zu verlassen! Wahrt Ruhe und Besonnenheit!“

Dieses Flugblatt trifft ins Schwarze. Ka dem Wucher der Landwirte tragen die Rechtsparteien die alleinige Schuld. Ihr Vorhaben, die von ihnen hervorgerufene Erregung zu Ruheständen zu steigern, damit die Reichswehr eingreifen, ein Blutbad anzurichten und der Delagerungszustand verhängt werden kann, muß an dem ehrenvollen Willen der organisierten Proletariat gescheitern.

### Marburger Nachwuchs.

Von Kaspar Hauser.

Der Vorsitzende (verliest eine Urteilsbegründung) ... und, meine Herren, was dem Gericht besonders beunruhigend erschienen ist: der Angeklagte hatte vor der Tat vier Signal getrunken, obgleich er wußte und nach allen seinen früheren Erlebnissen wissen mußte, wie diese geistigen Getränke auf ihn wirken würden. Als dann sein Feind, der Schneider Wegfall, das Gasglühbirne betrat, übermannte den Angeklagten die Wut, und er ergriff das Bierfeld, mit dem er den Beugen durchwegs nicht unerschütterlich am Kopf verlehrt. Wenn der Beuge jetzt auch von seiner Wunde genesen ist, so verlangt doch das Volkswohl und das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden — ganz abgesehen von der ehernen Notwendigkeit des Gesetzes —

(In diesem Augenblick sieht blitzschnell — ohne äußere Veranlassung vor dem geistigen Auge des Herrn Vorsitzenden, der in Marburg studiert hat, folgendes vorüber:

Eine Chaussee im dichten Nebel. In den grauen Schwaden zollen Rumpfsinnig und niedergebückt etwa zwanzig bis dreißig Männer in Arbeiterkleidung. Soldaten mit umgehängten Gewehren begleiten den traurigen Zug. Vorn, hinten und an den Seiten Offiziere mit blanken Säbeln.

Schreien. Nicht mehr schlagen! Nicht! Nicht schlagen! — Herrgott!

Andre Stimmen. Vorwärts! Schwelmt! Ein Offizier. Tretet doch den Lämmeln ins Kreuz, wenn sie nicht schneller gehen wollen!

Ein Arbeiter. Herr Leutnant, ich kann nicht weiter! Ein Offizier. Wie lange soll denn das noch so gehen. Nimm! Wollen wir denn die Spatzenhunde noch länger so hier mit uns rumklopfen, wie?

Zweiter Offizier. Unsere Anatomie braucht Leiden. Was stören denn die Weib. nicht! Mal'n blicken an den Weibern, Leute! Soldaten?

Die Soldaten. Links ran! Links ran! Weh! doch! (Kollisionslärm.)

Arbeiter. Haltet! Nicht schlagen! Nicht schlagen! Soldaten. Haltet! Ru man los!

Ein Arbeiter. Nicht fliehen, Kameraden! Nicht fliehen! Ein Soldat. Hältst du das Maul, verdammter Klotz!

Ein Offizier. Lassen Sie doch Schluss machen, Wald!

Wie lange soll denn das noch dauern —?

Zweiter Offizier. Na, nu mal lustig! Wir leutnen weiter!

Soldaten. Rechts ran! Rechts ran!

Arbeiter. Nicht! Der Leutnant! Der ...

### Annahme des Notetats im Reichsrat.

#### Gehaltsbeiträge bei der Eisenbahn und Post. — Die Beamtenbeholdung.

Der Reichsrat nahm in seiner gestrigen Sitzung den Notetat an, der sofort dem neuen Reichstag vorgelegt werden soll. Die Ausschüsse des Reichsrats haben auch den Monat Oktober noch mit in diesen Notetat hineingenommen, an der Regierungsvorlage selbst aber nur wenige Änderungen vorgenommen. Der Notetat enthält u. a. eine beträchtliche Stellenvermehrung bei den Verkehrsbeamten der früheren Eisenbahnbahnen, deren Eisenbahnen nunmehr auf das Reich übergegangen sind, ebenso auch bei der Post. Der Verkehrsminister weist darauf hin, daß der Gehaltsbeitrag für die Reichspost und die Eisenbahn in Höhe von 6,1 Milliarden im Notetat festgesetzt sei und daß der Postminister ausdrücklich die Gehaltsbeiträge der Reichspost abändern einen Gehaltsbeitrag von 1,5 Milliarden haben, und dazu komme noch der Gehaltsbeitrag der Post. Er beantragt die Gehaltsbeiträge, um dem Reichsrat zu sagen, daß wir das neue große Zuwächsen in den Gehaltsbeiträgen haben, die aus dem hervorgehen, was die Länder in ihren Besoldungsordnungen getan hätten. Die Beamten der Länder, die in den Reichsbahnen übernommen wären, verlangen, daß sie in Zukunft nicht nach der Reichsbesoldungsordnung ihre Gehalts empfangen, sondern so, als wenn sie noch in den Ländern geblieben wären. Damit, so sagt der Finanzminister, stehen wir vor der betrübenden Tatsache, daß die Reichsbesoldungsordnung, noch ehe sie wirksam werden sollte, aufgehoben ist durch die weitergehenden Besoldungsordnungen der Länder. Es kommen ganz erhebliche Mehrkosten heraus, wenn wir die Reichsbesoldung umbauen müssen nach dem, was die Länder getan haben. Außerdem stehen wir vor dem Abschluß eines Lohntarifs für die Reichsbahnen, wobei es sich um gewaltige Forderungen der Organisationen handelt. Das Defizit wird sich durch diese neuen Forderungen noch erhöhen, es wird Sache des neuen Reichskabinetts sein, dazu Stellung zu nehmen.

### Die Wahlen zum Thüringer Landtag.

Neben den Wahlausfall im neuen Volksstaat Thüringen schreibt unser Götter Parteiblatt, die „Neuhilfsche Tribune“:

Die gestrigen Wahlen zum Thüringer Landtag fanden unter noch schwächerer Beteiligung statt als die Wahlen zum Reichstage. Ein Gesamtergebnis liegt noch nicht vor, doch bei einem Ueberblick über die bisherigen Teilergebnisse kann man schließen, daß eine wesentliche Verschiebung in der Parteiparte nicht eingetreten ist; die Parteien dürften verhältnismäßig die vor zwei Wochen erzielten Positionen behaupten.

Ob indes eine sozialistische Mehrheit gesichert ist, läßt sich noch nicht ermitteln. Die Reichstagswahl brachte nur eine geringe Mehrheit der sozialistischen Parteien, und die zur Landtagswahl von den bürgerlichen Parteien alles aufgegeben wurde, den Vorsprung anzuhalten, und auf der anderen Seite von den Reichssozialisten noch in den letzten Tagen vor der Wahl eine ängstliche Propaganda und Verleumdungskampagne gegen die U. S. P. betrieben wurde, dürfte die Entscheidung auf des Messers Schneide stehen.

### Die Regierungsbildung in Württemberg.

Stuttgart, 23. Juni.

Neben der Neubildung der Regierung in Württemberg sind zur Zeit immer noch Verhandlungen zwischen den einzelnen Fraktionen im Gange. Es wird angenommen, daß eine Koalition von Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei zustande kommen wird. Die Reichstagsfraktion der Demokratischen Partei hat an die Landtagsfraktion der Sozialdemokratie ein Schreiben

Schiffe, Dampfer, Hinkelwagen von Köpern. Scharen von vielen grobgenagelten Stiefeln. Ein Leutnant lacht näselnd. Die Körper wägen sich zudend auf der Chaussee. Liegen endlich still. Der Soldatengang zieht ohne die Arbeiter im Nebel weiter. (Verschwindet.)

Der Vorsitzende. ... von der ehernen Notwendigkeit des Gesetzes — eine exemplarische Bestrafung. Das Gericht hat demnach auf eine Gefängnisstrafe von vier Jahren Gefängnis, verbunden mit einem Verlust von acht Jahren und Zufälligkeit von Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Die nächste Sache!

Der Angeklagte (ist lautlos in der Anklagebank gesammeltegebunden.)

Der Vorsitzende. Justizwachtmeister! Schossen Sie den Mann weg! Erst prügeln und dann im entscheidenden Moment schappmachen! Wandel (zu den Weibern): Frühstunden wir nachher in der Arzene? Einen besten Steinball gibts da. Justizwachtmeister! Die nächste Sache! —

### Romain Rolland zum Bolschewismus.

In einem von „Politiken“, der Stockholmer linkssozialistischen Zeitung, veröffentlichten Brief, hat der große französische Dichter und Pazifist Romain Rolland seine Ansicht über den russischen Bolschewismus und seinen Glauben an ihn, folgendermaßen kundgegeben:

Ich bewundere die mächtige organisatorische und neuschaffende Energie in den Räten Russlands, die um einige geniale Männer geschart sind.

In dieser Woche noch schrieb ich in einer französischen Zeitung: „Das Hier und Welt der Arbeit hat seinen Sitz in Moskau.“ Ich fügte hinzu, daß, meiner Meinung nach, allein eine bolschewistische Revolution überhaupt Aussicht auf Gelingen habe. Sowohl aus ökonomischen als auch moralischen Ursachen. Ich will hier nur einige andeuten. Unabhängig von allen moralischen Argumenten, die zum Vorschreiten der Revolution führen, gibt es in Russland eine moralische Krise, die die reinen Marxisten vielleicht weniger beachten, der ich aber einen unermesslichen Wert beimeße, — nämlich den sozialistischen Charakter, den mystischen Enthusiasmus, der einen Teil der russischen Arbeiterklasse durchflutet.

Diese Männer glauben.

Wenn sie nicht wänten, daß ihre Aufopferung der ganzen Welt hülflos und dienlos, würden sie sich nicht seit zwei Jahren mit dieser erhabenen Selbstverleugnung opfern. Dieser mystische revolutionäre Glaube, dieser Glaube hat bisher nur allzu sehr den westeuropäischen Völkern gefehlt und insbesondere dem französischen Volke, dessen Enthusiasmus seit 180 Jahren zu neu

gerichtet, wenn sie die Sozialdemokratie auf die politische Tagesweite ihrer Handlungsbahn aufmerksam macht und nachdrücklich anfragt, ob die Sozialdemokratie bereit sei, mit der demokratischen Fraktion in Verhandlungen über die gemeinsame Bildung einer neuen Regierung einzutreten. Darauf hat die sozialdemokratische Fraktion geantwortet, daß sie gemäß der Beschlußfassung in der am letzten Sonntag in Stuttgart abgehaltenen Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei nicht in der Lage sei, eines oder mehrere ihrer Mitglieder in die neue württembergische Regierung zu entsenden.

### Ende Zeit für Hochverräter.

In Breslau hatte sich während der Kapplage der Graf von Schellom zum militärischen Oberbefehlshaber ernannt. Er verzogte dort die verfassungsmäßigen Regierungsbeamten, herrschte sie in Schachhaft, bildete aus den Freikorps bemannete Häuser, bezog diese gegen die Arbeiterschaft und ließ Blutbad unter ihr anrichten, weil sie republikanisch gesinnt war und sich dem Diktat der Verberbergeheißlichkeit an Kapp und Lämlich nicht beugen wollte. Wegen Schmittens, der sich durch sein Verhalten des Hochverrats, des erschweren Auftrags und des Landfriedensbruchs schuldig gemacht hatte, war ein Todesurteil erlassen worden, denn der erlauchte Herr hatte, wie alle wilhelminischen Generale, eine heillosen Furcht vor der Verantwortung. Er floh, wie Ulrich Lundenborff, als das Kappverbrechen mit einem Mißerfolg endete. Jetzt ist der gegen den Hochverräter erlassene Todesurteil ohne Angabe von Gründen zu rückgesagt worden.

Seit Deutschland eine Republik geworden ist, gibt es nicht nur gute Zeiten für Verräter, sondern auch für Hochverräter, freilich nur für solche, die nicht zur Arbeiterklasse gehören.

### Schwere Explosionskatastrophe.

Mains, 23. Juni.

Wie aus Mainz gemeldet wird, ist ein großer Teil des Kattilliermunitionslagers in Hlendorf an der Straße Mainz-Mingen heute nacht in die Luft geflogen. Ob Menschenleben zu beklagen sind, ist noch nicht bekannt.

### Was Rußland exportieren kann.

Die Zahlen Krassins über die in Rußland verfügbaren als Uebernahmungen für den Export in Frage kommenden Warenbestände werden jetzt der Öffentlichkeit übergeben. Danach ist die Liste der von Krassin offerierten Exportwaren die folgende: 15 Millionen Tonnen Weizen, 2-3 Millionen Tonnen Getreide und ähnliche Produkte, 6 Millionen Tonnen Fleisch, mehrere Millionen Schafwolle, 3000 Tonnen Kopfen, 3000 Tonnen rote Seide, 100 Tonnen schwarze Seide, 4000 Tonnen Gaze, 200 Tonnen Terpentin, 400 Tonnen Schmelzborax, 800 Tonnen Kohlen, 10 000 Tonnen Düngemittel, 250 000 Tonnen Salz, 2-3 Millionen Stück Leder (Güte, 1a Qualität), 600 000 Stück Holz (Kiefer).

Blutige Zusammenstöße in Holland. Wie die Wälder berichten, kam es am Sonntag in Holland anlässlich einer patriotischen Kundgebung zu Ehren der Verfallener zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Teilnehmern an der Kundgebung und einer sozialistischen Gegen demonstration. Mehrere Personen wurden verwundet. Einige Offiziere wurden von den Demonstranten schwer mißhandelt.

Bezirksstadtwahlen in der Saarpfalz. Bezirksstadtwahlen noch dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht mit Verhältniswahl finden endgültig auch in der Saarpfalz statt. Die Regierungskommission in Saarbrücken hat die Ausarbeitung der Wahlen für den 18. Juli verfügt. Es werden 23 Bezirke der zu den Bezirksämtern Homburg und Zweibrücken gehörenden Gemeinden gewählt.

Eine pazifistische Beisitzende veranlaßt Pfarrer Meier heute abend 1/2 Uhr in der Schulaula, Kauerstr. 20. Der Gedanke wird aus den Werken des ermordeten Hans Haack, und aus den Schriften der Dichterin Selma Lagerlöf vorlesen.

vielen fehlgeschlagenen oder vertatlenen Revolutionen ausgebrannt ist. Allzu oft wird die revolutionäre Agitation beschränkt auf eine korporative Bewegung für Lohnerbhörungen: nichts Grobkes, aber noch Beständiges kann durchgeführt werden ohne eines starken Hauch der Liebe für das gemeine Volk, — ohne die Leidenschaft des Opfers für die Zukunft der Menschheit.

Aber es ist durchaus möglich, ja, sogar wahrscheinlich daß die Völker sich wandeln und sich erheben werden unter der Einwirkung der mannigfaltigen Herausforderungen und der Prüfungen, die die Arbeiterbevölkerung von seiten der triumphierenden Reaktion sich jetzt gefallen lassen muß.

Im Thaliatheater hat die neue Operette „Ihre Hoheit die Zängerin“ dem Publikum sehr gefallen, obwohl die Musik von Walter Goeke sich teilweise über das landläufige Eingewöhnliche erhebt. Dafür ist aber der Text um so gewöhnlicher. Es wimmelt von höfischen und süßlichen Hofetändeleien, und für den durchschnittlichen Theaterbesucher ist es in der Deutschen Republik noch immer die Höhe des Genusses, wenn eine lebhaftige Person einen einfachen Landjunker liebt und ihn — leicht er doch schon Volk — zum Leutnant ihrer Leibwache ernannt und den Jüngling dann im Schwärme seiner Epauetten zum Major läßt. Na und so weiter — Gott hat sie sehr, wenn die ausgemachte Geschichte nur nicht an die vier Stunden dauerte und der zappelige „Komiker“ Kurt Wittkalk sich nicht bedarrlich strapazierte und uns auf die Nerven zieht. Ebenso festig trieb es Theo Stolzberger als alter Riegner. Die Einstudierung war im übigen gelungen; Ange von der Straußen wirkte als Herzogin, die eine französische Tänzerin mimi, sehr opernhaft aber ohne die Grazie, die man besonders bei einem der Raffinier würdigen Schlägers des zweiten Aktes vermisse. Gustav Jahrbach und Hans Schneider spielten und sangen mit leuchtender Bravour. Vetter Heiner feierte seine in ihrer bewährter Komiker. Der Beifall schäumte wie Apfelsaft.

Der Berliner Volkstheater, Dirigent Dr. Ernst Janetzki, der seinen 16. Jahresbericht 1919-1920 erstattet, hat im vergangenen Vereinsjahre einen Aufschwung genommen, wie noch in keinem der vergangenen 16 Jahre! Die Mitgliederzahl betrug bei Kriegsausbruch 400 (271 singende und 129 jubelnde Mitglieder) und ging in der Kriegszeit auf 200 zurück. Ende noch dem Kriege stieg sie auf 455, davon 205 aktiv, und betrug jetzt 555, davon 451 singende und 104 jubelnde Mitglieder. Von den jubelnden Mitgliedern sind 807 Frauen und 144 Männer. Auch dem erfreulichen Wachstum des Chors ist es für die Aufgaben, die er sich für das kommende Jahr gestellt hat, noch immer nicht stark genug. Sowohl für den zum Herbst geplanten Richard Straussabend (mit Wandereck, Sturmfied und Tullies), wie die zum Frühjahr in Aussicht genommene Mattheus Passion mit ihren beiden

# Die deutsche Justiz und der ungarische Terror.

Die „Deutsche Strafrechtszeitung“, Zentralorgan für das gesamte Strafrecht, die Dr. jur. Otto Liebmann in Verbindung mit vielen juristischen Spezialisten herausgibt, veröffentlicht in ihrer Mai-Juni-Nummer unter der Überschrift „Polizeiverfahren in Budapest“ einen Aufsatz des Königl. Staatsanwalts Kuzer aus Budapest. In diesem Artikel unternimmt es der Herr Staatsanwalt, den legalen Weißen Terror in Ungarn zu beschreiben. Er zeigt, wie alle bestehenden Gesetze und Paragraphen aufgelegt und umgebogen wurden, wie unpassende Gesetze außer Kraft gesetzt und neue, brauchbare geschaffen wurden, um alle an der Mätrecapital beteiligten Personen für möglichst lange Zeit unschuldig zu machen. So führt er z. B. aus, daß in den meisten Fällen bei Wohnungseinkaufungen, Beschlagnahme der privaten Warenlager usw. Gewalt oder Drohung nicht gebraucht worden sei und infolgedessen diese Handlungen nach dem ungarischen Gesetzbuch nicht strafbar seien. Trotzdem werden sie aber als Hausfriedensbruch, Raub und Erpressung bestraft, weil die Gerichtshöfe sich der Auffassung angegeschlossen haben, daß die handelnden Personen den allgemeinen in der Bewirtschaftung der Anordnungen der Mätrecapital sich offenbarenden Terror benutzten, selbst wenn sie sich die Ausübung seiner besonderen Gewalt über Drohung ausübten können. Nach diesem Regem wird jede öffentliche Handlung, die während der Mätrecapital vorgenommen wurde, selbst wenn sie auch unter geordneten Verhältnissen vom Staat getroffen worden wäre, z. B. Steuereintreibung, Armenversorgung (1), als Straftat behandelt.

Diese Straftaten mögen zur Charakterisierung genügen. Wie wundern wir uns nicht, daß ein reaktionärer ungarischer Richter den weißen Terror verteidigt. Das ist bei ihm nur selbstverständlich. Ein Skandal wird es jedoch, wenn das Zentralorgan der deutschen Strafrechtspraxis, eine Zeitschrift, die wissenschaftlich gewertet sein will, einen derartigen Artikel ohne jeden einschränkenden Zusatz veröffentlicht und damit die Schwandlader der ungarischen Nachkriegsbest. Es ist nicht das erste Mal, daß die „Deutsche Strafrechtszeitung“ reaktionäre Propagandaartikel unter dem Deckmantel der Wissenschaft veröffentlicht. Schon im Frühjahr 1910 brachte sie genaue Angaben über die Sozialisierung der Frauen in der Sowjetrepublik, die plumpste antisowjetische Stimmungsmache waren. Diese Haltung der Zeitschrift wirkt ein großes Schlaglicht auf die deutsche Wissenschaft und auf ihre „Schlichtheit“. Die deutschen Universitäten legen schon längst im weitestgehenden Maße, es ist hier nur an Namen wie Dietrich Schäfer, de la Chenailler oder an die Marburger geisteswissenschaftlichen Studenten erinnert. Die „Deutsche Strafrechtszeitung“ hat offenbar den Ehrgeiz, lobtredend voranzugehen in dem Bestreben, die deutschen wissenschaftlichen Zeitungen auf ein gleiches Niveau herabzubringen.

## Gute Zeiten für Kapitalisten.

Man schreibt uns: Durch die niedrige deutsche Valuta ergiebt sich die Exporteure ungeheure Profite. Die Valuta-Gewinne bedrängen die Unternehmer mächtig ein und ergatterten Milliarden Lohel. Am 20. Dezember 1919 erschien dann eine Verordnung, wonach das Reichswirtschaftsministerium das Recht hat, den Export von Waren zu verbieten und die Ausfuhr nur mit Bewilligung des Reichswirtschaftsministeriums zulassen darf. Der Reichskommissar kann aber auch ohne Bewilligung auf die Ausfuhr von Waren übergehen. In dieser Verordnung ist weiter festgelegt, daß die Ausfuhr von Waren nach der Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums Abgaben von 2 bis 5 Prozent erheben können. Die Abgaben sollen zur Förderung sozialer Aufgaben verwendet werden.

Diese Ausfuhrverbote sind politisch zusammengefaßt Selbstverwehrlungen, die auch das Handelsrecht betreffen, ob der Preis der auszuführenden Waren dem Weltmarktpreis angepaßt ist. Die Höhe der Abgabe soll sich auf 5 Prozent des

hören kann der Export noch stärker an Zahl werden. Solistenkongresse, Volkslieder-Abende und Weihnachtskongresse werden während den Kongressen des kommenden Jahres. — So wird der Volks-Export wider den äußeren Verhältnissen zum Trotz bemüht sein, getrieben auf die Treue und Zuverlässigkeit der alten Mitglieder wie auf den frischen Eifer der neuen, der Berliner Arbeiterkammer auch fernerehin anbestehende massenhafte Bedürfnisse und seine führende Stellung im Reichleben der Arbeiterkammer zu behaupten.

Bei der großen Volkstheater nach in der neuen Welt das Philharmonische Orchester unter seinem Dirigenten Richard Vogel einen Morgenabend unter Mitwirkung von Frau Gertrude Körber-Stöcker vom Nationaltheater in München. Die Darbietungen der Musik Wagner, Verdi usw. stellten sich auf künstlerischer Höhe und fanden lebhaften Beifall.

In der Volkshäuser, Theater am Wilhelmsplatz, gelangen unter der Direktion Heinrich Kell in der diesjährigen Sommerperiode folgende Stücke zur Aufführung: „Der Mann von der Straße“ von Carl Hübner, „Die Fledermaus“ von Johann Strauß, „Der Kuckuck“ von Wilhelm Kienast, „Die Räuber“ von Franz Scherzer. — Mitglieder des Verbandes der freien Volkshäuser und den mit ihm in Arbeitsgemeinschaft lebenden Organisationen haben hierzu vertragsgemäße Entlohnungen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung, wie zu allen Sonderveranstaltungen des Verbandes.

An der Volkshochschule Ost-Berlin lehrte Dr. Volbach seine Vorträge durch Berliner Rufe fort. Es sind vorerwähnten Vorträge durch das Ruppertsberg-Modell, durch die Allgemeine Volkshochschule, durch das Kronprinzen-Palais, durch das Museum für Völkerkunde und durch das Kunstgewerbemuseum. Vom „Sozialistischen Erzieher“ ist Nr. 18 erschienen. Inhalt: Sozialistische Erziehungsgebäude. — Arbeitsunterricht. — Technische Weiterbildung des Schulweises im Reich. — Die Reichswehrreform. — 1. Stimmungsbericht. — 11. Die Reichswehrreform zur Frage der Einheitsschule. — „Was will ich?“ oder Ideologie und Ideologie. — Aus der Arbeit der Elternvereine. — Neue Bücher und Zeitschriften.

Der „Sozialistische Erzieher“, Wochenchrift für sozialistische Lehrer und Elternvereine, unentgeltlich für Bildungsfunktionäre, Gemeinde- und Landesvertreter, erdientlich wünschenswert. Zu beziehen durch alle Volksbibliotheken oder beim Verlag „Der Sturm“, Berlin W. 9, Volkshamer Str. 13a, zum Preise von 6,50 M., zugängig 1 M. Bestellgeld.

„Steinbecker“ heißt eine Wochenchrift für Siedlungswesen, Obst- und Gartenbau nach Steinbecker- und Weinbau, die im Steinbecker-Verlag Ostseest. A. M., erscheint. Sie bringt für die vielen Landbesitzer usw. allerhand Praktisches und Wissenswertes aus diesen Gebieten, und sollte sich nur von der Kleinbäuerlichen Kleinrentnerlichen Lebensführung fernhalten, als könne durch solche Verändelung der Umbau unserer gesamten Volkswirtschaft und ein „neues Deutschland“ geschaffen werden. Auch unsere Kleinrentner dürfen den Sozialismus nicht verneinen!

Wartungsbeträgen belaufen. Die dadurch zusammengebrachten Beträge sollen zur Erhöhung der Unterhaltungsbeiträge der Mätrecapital und Inhabenden verwendet werden.

Die Reichsregierung unterließ es aber, die Ausführungsbestimmungen über die Abgaben bekanntzugeben, trotz wiederholter Erinnerung. Als dann die Ausführungsbestimmungen mit Wirkung vom 1. April 1920 fertig waren, konnte die Verordnung wegen technischer Schwierigkeiten noch nicht in Kraft treten, der 10. Mai sollte endgültig der Anfang der Erhebung sein.

Die Arbeitervertreter verlangen, daß die durch die Saumlage des Reichswirtschaftsministeriums nicht zur Erhebung gelangten Abgaben wenigstens zum Teil noch nachträglich erhoben werden sollten. Die Unternehmervertreter mischen das nicht nur entschieden zurück, sondern schrieben den Spiel um und verlangten die Revision des Tarifs. Ein wahrer Protestumzug setzte ein, mit dem Erfolg, daß schließlich die Aufsetzung einer Kommission zur Prüfung der Frage beschlossen wurde.

Alles in allem: Sechs Monate nach Erlass haben die Fabrikanten noch nicht einen Pfennig zu zahlen brauchen und jetzt wird auf neue geprüft, was sie zahlen sollen. Die Gewinne selbst sind zum großen Teil in Sicherheit gebracht worden. Und wenn es endlich so weit kommen sollte, einen Zugriff zu machen, dann wird es ein Griff in die Luft sein.

## Vom Segen der kapitalistischen Wirtschaft.

In der Pfälzer Schuhfabriken-Monopole Pirmasens lagerte ungeheure Vorräte an Schuhzeug, das die Fabrikanten nicht herausgeben, weil die Preise nun ein wenig gesunken sind. Die Läger bleiben gefüllt, die Fabrikanten haben den Betrieb eingestellt und 9000 Arbeiter liegen arbeitslos auf der Straße. Es fehlt also nicht an Rohmaterial, es fehlt nicht an Arbeitern, auch nicht an Rohstoffen, es fehlt nur an — hohen Preisen und selten Profiten für die Unternehmer, deshalb müssen die Arbeiter darauf kaufen und das Personal der Schuhfabriken hungern, so will es die kapitalistische Ordnung.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium hat am 10. Juni über die Stilllegung der Pirmasenser Schuhfabriken beraten; der Bericht, den die R. W. R. über diese Beratung veröffentlicht, charakterisiert den kapitalistischen Geist, der in dem vom „Sozialdemokraten“ Schmidt geleiteten Reichswirtschaftsministerium herrscht. Hören wir:

„Staatssekretär Hirsch konnte feststellen, daß diese Stilllegung nicht auf den „hohen Willen“, eine sogenannte Unternehmerkategorie, zurückzuführen sei, sondern, daß tatsächlich eine derartige Ueberproduktion stattgefunden habe, daß an ein Uebermaß der eigenen Läger unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu denken war. Die Bankrott der Fabrikanten (und vollständig erschöpft. Die Arbeitslosenunterstützung für die etwa 9000 streikenden Arbeiter beträgt allein 5 bis 6 Millionen Mark im Monat. Während die Fabrikanten ihre Betriebe weiterarbeiten lassen, wären die Stillsetzungen, namentlich bei einem weiteren Preisrückgang, aber nach unbedeutendem Maß größer als diese Unterstützung. Bei den Besprechungen, die Staatssekretär Dr. Hirsch in Pirmasens hatte, wurden zwei Wege als vielversprechend erörtert. Der eine hätte darin bestanden, die Schuhwaren vorübergehend zur Ausfuhr freizugeben, doch mußte man hieron absehen, weil der ungedeckte Zahlungsbilanzbedarf bei weitem zu groß ist. Eine zweite Möglichkeit liegt darin, die Schuhfabriken durch Aufträge des Reiches zu unterstützen, wobei die Unternehmer ein Ansehen der vorherigen Gewinne erzielendes Opfer zu bringen hätten. Als vorläufige Regelung hat man in Aussicht genommen, durch die Schuhfabriken die Herstellung größerer Posten Schuhwerk abzunehmen und zu billigen Preisen an die Gemeinden, Konsumvereine usw. abzugeben. Die Finanzierung würde unter Mithilfe aller beteiligten Instanzen, auch unter Heranziehung der Mittel der produktiven Gewerkschaften zu bewerkstelligen sein. Die in Aussicht genommenen Abgabepreise der Fabriken für Herrenschuhwerk sind mit etwa 120 bis 135 Mark je Paar, für geringere Qualitäten wesentlich billiger, würden eine entsprechend billige Abgabe durch die Gemeinden und Konsumvereine ermöglichen und so einerseits die Abnahme erleichtern, andererseits auf das allgemeine Preisniveau für Schuhe eine Einwirkung ausüben und so auch den jetzt stehenden Absatz belebigen. Die Fabrikanten verpflichten sich, sobald die Aufträge erteilt sind, gleiche Mengen sofort in Arbeit zu geben, um ein längeres Stillliegen des Betriebes zu vermeiden. Auf diese Weise hofft man, auch den anderen mit Stilllegung bedrohten Industrien ein Beispiel zu geben, wie man weitere Stilllegungen, die die Interessen aller Bevölkerungsschichten schädigen, vermeiden kann.“

Diese „Mittel“ sind geradezu ein Skandal. Die Schuhfabriken haben in den letzten Monaten ungeheure Gewinne eingesackt. Jetzt sollen ihnen ihre Vorräte zu hohen Preisen von Reich und Gemeinden abgenommen werden, wogu man allgemeine Steuerermittel und selbst Fonds der Arbeitslosenversicherung heranziehen will, nur damit die Schuhkapitalisten nicht in ihrem Profit geschmälert werden! Die republikanisch-demokratische Regierung, die schon die Agrarier mit Viebzugabgaben überhäufte, fällt jetzt auch noch die Unternehmer mit Viebzugabgaben auf Kosten der Allgemeinheit und verbindet damit die so notwendige Beibehaltung des unentbehrlichen Schuhwesens. Tollere kapitalistische Interessenverwirrung kann auch eine Regierung nicht treiben, die sich nur aus eingefleischten Vertretern des Großkapitals zusammensetzt.

## Waffenkündigungen in der Pfalz.

In der ganzen Westpfalz sind Waffenkündigungen von Arbeitern erfolgt. In Ludwigshafen wurden am Sonnabend achttausend, in Kaiserslautern dreitausend und in Pirmasens dreitausendachtundert Arbeitern gekündigt.

## Der Rückgang der Fleischverloerung.

Nach den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau sind im 1. Vierteljahr 1920 und 1919 im Reichsgebiet (die heute abhängigen Gebiete sind auch für 1919 entsprechend in Abzug gebracht) geschlachtet worden:

	1920	1919
Ochsen	80 028	110 281
Rullen	50 754	78 178
Rühe	193 028	284 753
Kuhkalber über drei Monate	150 140	267 166
Kälber bis drei Monate	213 598	280 597
Schweine	661 408	885 177
Schafe	48 552	84 745
Riegen	108 805	102 429
Pferde und andere Einhufer	42 486	217 310
Gänse	2 007	2 511

Es ist demnach im ganzen ein für die Fleischversorgung außerordentlich bedauerlicher Rückgang der Schlachtungen eingetreten. Eine Ausnahme machen nur die Schlachtungen von Schweinen und Riegen. Im 1. Vierteljahr 1920 zeigt die Provinz Oden- und Neckar einen auffällig großen Anteil an den Schweineschlachtungen (118 528), der den aller anderen Gebiete übertrifft. Auch der landwirtschaftliche Westen ist nur mit einem geringen Bruchteil an den Schweineschlachtungen beteiligt. Es ist eine erquickende Erscheinung, die darin zutage tritt, daß das beste Fleisch fast ganz der agrarischen Bevölkerung

vorbehalten ist. An den Regenwäldern hat WERTH einen großen Anteil (30 001). Die meisten Gänse wurden in Sachsen geschlachtet.

## Das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl.

Die Schwierigkeit der Berechnung der Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl macht es auch jetzt noch nicht möglich, ein vollständiges, auf absolute Richtigkeit Anspruch erhebendes Ergebnis festzustellen. Doch steht bereits fest, daß die Parteien etwa folgende Stimmen erhalten haben:

U. S. F. D.	633 606
S. P. D.	288 409
Deutschnationale	188 804
Deutsche Volkspartei	202 095
Zentrum	61 441
Demokraten	110 747
Wirtschaftliche Vereinigung	60 770
Handel und Gewerbe	8 842
Frauen	924

Da insgesamt 225 Stadtverordnete zu wählen sind, so ist der Wahlquotient, d. h. die Stimmengahl, die zur Wahl eines Stadtverordneten nötig ist, 1311. Demnach würden erhalten:

U. S. F. D.	87
S. P. D.	39
Deutschnationale	26
Deutsche Volkspartei	16
Zentrum	8
Demokraten	16
Wirtschaftliche Vereinigung	8
Handel und Gewerbe	1
Frauen	1

In den Einzelwahlbezirken dürfen etwa 170 Stadtverordnete gewählt werden, während der Rest von 55 Sitzen sich auf die Stadtkreise verteilt; doch steht dieses Ergebnis noch nicht vollkommen fest. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird auf der Stadtkreise etwa 5 Sitze erhalten, während die übrigen in den einzelnen Wahlkreisen gewählt werden sind.

Auch die Zusammensetzung der Bezirksparlamenten läßt sich gegenwärtig noch nicht endgültig feststellen. In einzelnen Verwaltungsbezirken wird die Zusammensetzung sich folgendermaßen gestalten:

Im Verwaltungsbezirk Barmen-Süd werden in die Bezirksparlament die U. S. F. D. 14, die S. P. D. 7, die Demokraten 5, die Deutsche Volkspartei 10, die Deutschnationalen 6, die Wirtschaftliche Vereinigung 2 und das Zentrum 1 Vertreter. In Spandau uho. haben die U. S. F. D. 13, die S. P. D. 9, die Demokraten 3, die Deutsche Volkspartei 6, die Deutschnationalen 7 und das Zentrum 2 Bezirksverordnete.

Im Verwaltungsbezirk Wilmersdorf, Schöneberg und Charlottenburg werden 40 Bezirksverordnete auf die U. S. F. D. 7, auf die S. P. D. 5, auf die Demokraten 5, auf das Zentrum 1, auf die Wirtschaftliche Vereinigung 2, auf die Deutsche Volkspartei 12 und auf die Deutschnationalen 3.

Im Bezirk Steglitz, Lichterfelde, Bando's uho. verteilen sich die Bezirksverordnetenmandate etwa wie folgt: U. S. F. D. 7, S. P. D. 8, Demokraten 4, Zentrum 1, Bürgerblock 10. Im Verwaltungsbezirk Kreuzberg wird sich das Bezirksparlament wahrscheinlich zusammensetzen aus U. S. F. D. 21, S. P. D. 10, Demokraten 3, Zentrum 1, Deutsche Volkspartei 5, Deutschnationale 3 und Wirtschaftliche Vereinigung 2.

Im Bezirk Schöneberg-Friedenau verteilen sich die 45 Bezirksverordneten wie folgt: U. S. F. D. 10, S. P. D. 7, Demokraten 5, Deutsche Volkspartei 11, Deutschnationale 3, Zentrum 1, Wirtschaftliche Vereinigung 2.

Im Bezirk Tempelhof-Mariendorf: U. S. F. D. 16, S. P. D. 6, Demokraten 3, Deutsche Volkspartei 8, Deutschnationale 3.

Im 16. Verwaltungsbezirk, umfassend Tempelhof, Oberschöneberg, Niederschöneberg, Zehlendorf uho., haben von den 30 Bezirksverordneten erhalten: U. S. F. D. 12, S. P. D. 6, Demokraten 2, Zentrum —, Deutsche Volkspartei 5, Wirtschaftliche Vereinigung 5.

Die schweizerische sozialdemokratische Partei hat die Entsendung einer Delegation nach Ausland beschlossen.

Protest der lothringischen Staatsbeamten. Aus Straßburg wird der „Telegraphen-Union“ gemeldet, daß die Eisenbahn- und Postbeamten sowie die übrigen Staatsbeamten (Koch-Beauftragten) nachdrücklich Protest erhoben haben gegen den Beschluß des französischen Ministerrats, wonach den Beamten nicht nur das Streikrecht, sondern auch das Koalitionsrecht abgesprochen wird. Sie weisen darauf hin, daß das französische Volk dem Gedanken der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einen Preis gibt.

Die estländische Verfassung. Die estländische konstituierte Verammlung hat die estländische Verfassung angenommen. Die Volksvertretung heißt danach Reichsversammlung. Der Staatsminister führt den Titel Staatsälteste.

## Aus der Partei.

### Vor Spitheln wird gewarnt!

Seit dem Spätsommer 1919 war im Auftrage der Kommunistischen Zentrale in Ost- und Westpreußen ein Kommunist tätig, der sich Warberg nannte. Der richtige Name soll Bugner sein. Bugner-Warberg war Wanderehrer; er sollte neben der Hebe gegen Unabhängige und Rechtssozialisten seine Hauptaufgabe darin, ständig nach Putsch zu drängen. Viele hielten ihn für einen Spion, andere für einen unfähigen Renegaten. Im Frühjahr 1920 eroberte ihn die Zentrale der Kommunisten seiner Stellung. Im April dieses Jahres hatte Warberg sein Tätigkeitsgebiet in den polnischen Staat nach Graudenz verlegt. In der Nacht vom 24. zum 25. April wurde die gesamte Graudenz Ortsverwaltung aus den Betten heraus verhaftet, außerdem Tausende anderer Genossen. In Klein-Tarpen bei Graudenz sind die Verhaftungen so gründlich befragt worden, daß von allen 98 Mitgliedern nicht ein vergessenes wurde. Warberg ist demnach mitverhaftet worden. Einige Tage später war er aber bereits wieder in Danzig in Freiheit. Dort wurde er am 14. Mai auf Anordnung des rechtssozialistischen Polizeipräsidenten Brünzel festgenommen und nach Danzig in Kammer abgeführt. Was dann aus ihm geworden ist, ist unbekannt. Im Anschlag hieran sei noch mitgeteilt, daß die kommunistische Zentrale im vorigen Jahre einen gewissen Kork nach Komet schickte (nicht mit Warberg identisch). Kork sollte als Sekretär die Verbindung mit Gomer-Rußland aufrecht erhalten. Er war ein Spion, ließ die ganze Zeitung der Kommer Kommunisten verhaften und ist während des Kapp-Putsches als Offiziersvertreter in Königsberg aufgetreten.

## Aus der Parteipresse.

Heft Nr. 22 der Wochenchrift „Der Arbeiter“ ist erschienen. Aus dem Inhalt sei genannt: U. S. F. D. und Arbeiterbewegung von Rag Eder; Die Arbeiterbewegung auf dem Lande; Einleit für die wirtschaftliche Mätrecapital des Reichs; Die Wirtschaftliche Vereinigung; Arbeitergemeinschaft; und Massenarbeit.

